

Große Koalition auf einem völlig falschen Weg!

Gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE hat der Rat der Stadt Hamm im Dezember 2016 den Doppelhaushalt 2017/2018 beschlossen. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden von DIE LINKE bringt der Linksdruck hier in Auszügen zu Papier:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, in Hamm gehen die Kinder gerne zur Schule, denn nicht nur die Schulgebäude sind saniert und die Lernmaterialien aktuell, sondern auch die Klassen sind klein und werden von Lehrpersonal betreut, das in multiprofessionelle Teams eingebunden ist. Alle Schüler*innen kommen gut im Unterricht mit, die Gebäude sind barrierefrei, die inklusive Gesamtschule ist Regelschule. Gruppenbezogene Menschenfeind-

lichkeit? Mithilfe zahlreicher Aktionen haben wir unsere Kinder für dieses Thema sensibilisiert und dieses Problem erfolgreich bekämpft. In Hamm lebt kein Kind in Armut, und alle Kinder haben die gleichen Chancen.

Diejenigen, die den Zustand unserer Stadt loben oder nicht genügend kritisieren, werden vielleicht einsehen, wie weit entfernt wir noch von meiner soeben beschriebenen Wunschstadt entfernt sind.

Fortsetzung auf Seite 3

pro Hamm gehört auf die rechte Seite!

Aufgrund von rassistischen, nationalistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen einzelner Mandatsträger von pro Hamm in den sozialen Medien hat im Dezember die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Hamm den Antrag gestellt, die Sitzordnung im Rat zu ändern, damit pro Hamm dort sitzen kann, wo sie hingehört: rechts!

Dass sich einzelne Mandatsträger von pro Hamm rassistisch, nationalistisch und fremdenfeindlich in den sozialen Netzwerken äußern, ist seit langem bekannt. Es ist bedauerlich, dass sich die Ratsfraktion pro Hamm bisher geweigert hat, sich von derartigen Mandatsträgern eindeutig zu distanzieren.

Hier in Hamm wurde gemeinsam über die Fraktionsgrenzen hinweg ein hervorragendes Integrationskonzept verabschiedet. Wir verweisen immer wieder auf die große An-

zahl der Nationalitäten, die in Hamm weitgehend friedlich miteinander wohnen, leben und arbeiten. Gemeinsam haben die Ratsfraktionen CDU, FDP, SPD, Grüne und LINKE die Flüchtlingsarbeit in dieser Stadt mitgetragen und unterstützt. Für Hass und Hetze darf es in

Hamm keinen Platz geben, egal ob sie von deutschen Neonazis kommt oder von türkischen Nationalisten mit deutschem Pass. Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit sollten wir gemeinsam verteidigen gegen Autokraten und Antidemokraten!

DIE LINKE.

Menschen schützen -
gemeinsam gegen Rassismus



Alisan Sengül,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Hamm

Liebe Leserinnen und Leser, unsere aktuelle Linksdruck-Ausgabe halten Sie druckfrisch in den Händen! Unser Hauptaugenmerk gilt in dieser Ausgabe dem Doppelhaushalt 2017/2018 der Stadt Hamm. Auf kommunaler Ebene verspricht das neue Jahr 2017 uns Bürger*innen aufgrund der Ignoranz der großen Koalition von CDU und SPD wieder einmal kaum Chancen, Missstände und Armut in unserer Stadt zu bekämpfen. Aber auch auf Bundes- und Landesebene zeichnen sich unangenehme Entwicklungen ab. Vor allem der Rechtsruck in unserer Gesellschaft bereitet uns Sorgen.

Wie Mahatma Gandhi so schön sagte: „Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.“ Und genau das wollen wir für unsere Stadt! Dafür setzen wir uns ein! Machen Sie mit - unterstützen Sie uns! Sie können uns bei einem unserer Treffen besuchen, wenn Sie uns kennenlernen wollen. Wir freuen uns über jeden Gast!

Herzlichst Ihr
Alisan Sengül

Freiwillige Weihnachtsbeihilfen für Hartz-IV Kinder!

Fast jedes vierte Kind in Hamm lebt in Armut, d.h. in einer Familie, die auf „Hartz IV“ angewiesen ist. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE im Rat den Antrag eingebracht, diesen Kindern eine Weihnachtsbeihilfe zu bewilligen. Diesen Antrag stellt die Fraktion DIE LINKE übrigens jedes Jahr, und jedes Jahr wird der Antrag von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Ratsfrau Marion Josten erklärte, dass sie mit Erstaunen zur Kenntnis genommen habe, dass Minderjährige in Pflegefamilien eine Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 35,00 Euro ohne Antrag erhalten. Dies sei erfreulich, doch dass die Verwaltung den Wunsch der Fraktion DIE LINKE nach einer Weihnachtsbeihilfe für Hartz-IV Kinder mit dem Hinweis beantwortet, in diesem Fall sei die Quantität eine ganz andere, bezeichnet Marion Josten als unredlich und Schönrechnerei. Denn zusätzlich zur Weihnachtsbeihilfe erhielten Minderjährige in Pflegefamilien Unterstützung für Urlaubs- und Ferienreisen, für Klassenfahrten und Lernmittel, Bekleidung für Einschulung/Schulentlassung, Bekleidungshilfe bei Wachstumsschub, für Taufe und Kommunion und auch für

die Fahrradanschaffung. Die Beihilfe zum Führerschein betrage max. 750,00 Euro.

„Das alles sei den Pflegefamilien und insbesondere den Minderjährigen gegönnt, daher habe ich auch die einstimmige Zustimmung im KJHA begrüßt. Pflege-



familien allerdings sind in der Regel wirtschaftlich gut aufgestellt, mir ist keine Pflegefamilie bekannt, die auf Transferleistungen angewiesen ist. Es ist allerdings bedenklich, wenn Kinder, die in

gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen aufwachsen, ohne Antrag zusätzlich eine Weihnachtsbeihilfe erhalten, Minderjährige, die in Armut leben, aber genau davon ausgeschlossen werden. Wo also Geld ist, kommt mit oder ohne Antragstellung Geld hinzu, wo Armut herrscht, da soll es auch so bleiben.

Provokativ ausgedrückt: „Wozu benötigen Kinder in Hartz IV Familien einen Weihnachtsbaum? Geschenke sind Luxus und damit überflüssig!“ Die Stadt gibt denen, die ohnehin auskömmlich leben können, zusätzliche Finanzmittel, die in Armut leben, erhalten nichts – deutlicher kann die gesellschaftliche Spaltung nicht dokumentiert werden. Wir haben in dieser Stadt also Minderjährige erster und zweiter Klasse“, so Marion Josten.

Die große Koalition stimmt gegen eine Brücke an der Pieperstraße

Die Brücke an der Pieperstraße in Bockum-Hövel wurde abgerissen. Viele behaupten: In einer Nacht- und Nebelaktion. Da die Bezirksvertretung Bockum-Hövel und auch der Rat der Stadt Hamm es ablehnen, die Brücke durch eine neue zu ersetzen, haben die Bürger*innen eine Bürgerinitiative gegründet. Sie möchten so ihrer Forderung nach einer Brücke Nachdruck verleihen. Roland Koslowski, Ratsherr der LINKEN, unterstützt die Forderung der BI Pieperbrücke:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, in seltener Übereinstimmung werden wir heute gemeinsam mit der FDP diesen Antrag ablehnen. Ich kann Sie beruhigen, das wird so häufig nicht geschehen. Und eigentlich ist inhaltlich bereits alles gesagt worden, eigentlich. Ich möchte zunächst noch einmal daran erinnern, dieser Antrag ist in der Bezirksvertretung Bockum-Hövel mit den Stimmen von CDU / SPD und Grünen verabschiedet worden. Da-

her, Herr Merschhaus, war Ihre Stellungnahme durchaus bemerkenswert. Ohne den Kolleginnen



und Kollegen in der Bezirksvertretung zu nahe treten zu wollen, dieser Antrag ist völlig unsin-

nig. Da wird eine Brücke abgerissen, die Fragmente an beiden Seiten der Straße bleiben stehen. Nun wollen Sie ernsthaft eine Ampelanlage installieren, anschließend ein Gutachten zur Brücke in Auftrag geben. Wenn das Gutachten zu dem Schluss kommt, die Brücke sei nötig, wird die Ampel wieder entfernt und die Brücke gebaut. Auf Pfeilern, die bis dahin längst verrottet sind. Das hier ist kein Antrag, sondern das Drehbuch für eine abendfüllende Satiresendung!

Fortsetzung von Seite 1

Vollig falscher Weg!

Dieser Haushalt ist untertitelt mit „Nachhaltige Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bei Chancengleichheit für alle.“ Im Haushaltsplan ist davon allerdings nichts zu finden.

Ich sehe keinen Grund, warum wir uns loben sollten. Im Gegenteil, wir beschreiten einen völlig falschen Weg, Hochbegabte sollen nun mit Millionen Euro gefördert werden, für eine elitäre Veranstaltung wie Hamm's beste Schüler sollen Sponsoren gefunden werden, die ersatzlose Streichung ist der richtige Weg, wir brauchen keine Förderung der Starken, sondern eine Förderung der Schwächsten.

Im Vergleich zu vielen Staaten haben wir eine deutlich bessere Situation in Deutschland und in Hamm, aber um gesteckte Ziele zu erreichen, steht uns noch ein langer Weg bevor. Und während wir diesen Weg beschreiten, sollten wir wenigstens ehrlich sein! Sie könnten sagen, dass nicht genug Geld für unsere Kinder da sei, sie könnten aber auch sagen, dass wir durchaus genug Geld haben, Sie dieses aber lieber für Schrottimmobilien und Seilbahnen ausgeben möchten. Aber sagen Sie nicht, dass wir unsere Kinder gut versorgt hätten! Davon sind wir noch weit entfernt! Und dieser Haushaltsentwurf ist kein Schritt in die richtige Richtung! Bei Weitem nicht! Dieser Haushalt ist kinderfeindlich und unsozial! Es sind keine Schritte darin sichtbar, die auch nur den Versuch unternehmen, die Kinderarmut zu bekämpfen. Und vorhandene Ansätze im Bereich der Jugendarbeit werden ausgemerzt: Die Stadt Hamm lässt Honorarverträge in den Jugendzentren auslaufen. Das dient eben nicht dem Wohl der Kinder und Jugendlichen – nein, nur finanzielle Interessen wurden berücksichtigt.

Und Sie kürzen immer an den Menschen! Und zwar immer an denen, die Unterstützung am dringendsten benötigen! Kinder, arme Menschen, Kranke und Behinderte, Kürzungen betreffen nie die Starken, obwohl die das

Schulsozialarbeit und Integrationshelfer*innen. Deshalb hilft es uns nicht wirklich weiter, wenn das Land finanzielle Mittel für Schulgebäude zur Verfügung stellt, die zudem selektiv eingesetzt werden müssen, aber



eher aushalten oder kompensieren können.

Wir brauchen zusätzliches Personal

Mir drängt sich der Eindruck auf, dass Sie vor der Aufgabe, die Menschen dieser Stadt in eine bessere Zukunft zu führen, aufgegeben haben. Dieser Haushalt ignoriert z.B. völlig die Tatsache, dass immer mehr Menschen auf ergänzende Transferleistungen angewiesen sind. Der OB hat der Landesregierung vorgeworfen, zu versuchen, mit immer gleichen Instrumenten Zukunftsaufgaben zu bewältigen – ohne Erfolg. Aber genau das machen Sie selbst hier in Hamm! Und wenn Sie die Landesregierung schon kritisieren möchten, dann sollten Sie kritisieren, dass sie ihren Aufgaben nicht nachkommt. Es ist die Kommune, die dem Land großzügig Kosten abnimmt, das gilt insbesondere für den Bereich

gleichzeitig die Förderung sinnvoller und damit wünschenswerter Projekte einstellt.

Die Stadt Hamm muss dringend und zeitnah die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter*innen in bereits bestehenden Projekten, aber auch zusätzliches Personal in den Jugendzentren fordern. Personalabbau ist der falsche Weg. Die Landesregierung darf sich nicht zum wiederholten Mal aus der Verantwortung stellen. Statt Wahlkampfgeschenke zu akzeptieren, wäre die Stadt Hamm gut beraten, sich zum Einen vehement für eine weitere Förderung der Jugendarbeit auf der Landesebene einzusetzen oder alternativ die benötigten finanziellen Mittel in den kommenden Haushalt einzustellen. Präventive und nachhaltige Arbeit ist in dieser Stadt unumgänglich! Wir wollen nicht, dass in dieser Stadt immer mehr Menschen zurückgelassen werden.

Fortsetzung von Seite 3

Wir unterstützen keine Arbeitsverdichtung!

Jahr für Jahr haben wir hier den Haushalt kritisiert und Änderungsvorschläge eingebracht. Ebenso kontinuierlich hat die Ratsmehrheit alle Änderungsvorschläge seitens der Opposition abgelehnt. Aber eine unserer Forderungen scheint nicht auf taube Ohren gestoßen zu sein: nämlich unsere Anfrage vom Juni 2015 - die Anfrage zum Sinn oder Unsinn der externen Vergabe von Planungsleistungen. Und obwohl nun hier umgesteuert werden soll, haben Sie die Anfrage nicht wirklich verstanden. Ja, wir unterstützen die Übernahme von Planungsleistungen durch städtisches Personal, aber wir unterstützen keine Arbeitsverdichtung. Daher ist der Ansatz richtig, aber ohne zusätzliches Personal nicht umzusetzen. Vor allem auch im Hinblick auf Ihre Absicht, Stellenvakanzen auf 6 Monate auszudehnen. Soll das städtische Personal Ihre Kürzungswut ausbaden?

Unübersehbarer Investitionsstau

Die SPD hat dieser Stadt den Stärkungspakt aufgezwungen, und die Eckpunkte dieses Haushaltes sind nicht verrückbar und dem Stärkungspakt geschuldet. Das heißt: Sie kürzen und kürzen – und trotzdem wird der unübersehbare Investitionsstau in unserer Stadt nicht beseitigt. In vielen Stadtteilen gleichen die Straßen, Fuß- und Radwege Kraterlandschaften. Sozialer Wohnungsbau wird nicht vorangetrieben. Nicht einmal eine Brücke an der Pieperstraße wollen

sie finanzieren, statt dessen lieber eine Seilbahn.

Zusätzlich hat die Rathausmehrheit – als Teil der kommunalen Familie – bereits den LWL in eine nie dagewesene Verschuldung gestürzt. Nun droht das auch dem ASH, über die Stadtwerke will ich hier gar nicht reden, und sie wissen alle: Am Ende werden die Bürger*innen zahlen müssen.

Es geht auch anders!

Dass es auch anders geht, beweisen die Koalitionen in Berlin und Thüringen: Da wird Stellenabbau gestoppt, der ÖPNV ausgebaut, ein Sozialticket eingeführt, das dem Mobilitätsanteil im Hartz-IV-Satz entspricht. Der öffentliche Wohnungsbau wird massiv ausgeweitet, Mietpreise werden gedeckelt.

Und natürlich ist das auch in Hamm möglich, wenn es denn politisch gewollt ist: Die Ringbuslinie in Hamm ist umsetzbar und ebenso wie das Sozialticket durch den Ausstieg der Stadtwerke aus der Hamm Gas finanzierbar, ein Tierfriedhof kann über eine zweckgebundene Hundesteuer finanziert werden. Ein drittes Freibad und Chipkarten für volljährige Flüchtlinge sind über die Einstellung kommunaler Gewerbesteuerprüfer zu refinanzieren. Eine Kommunale Niedriglohnabgabe schafft finanziellen Spielraum für den Ausbau der Verwaltung. Selbst Weihnachtsbeihilfen sind damit umzusetzen. Ein Lkw Durchfahrverbot entlastet langfristig den kommunalen Haushalt. Bei den Elternbeiträgen der OGS verzichtet die Stadt auf Einnahmen im Bereich der Spitzeneinkommen – die aktuelle Gebührenstaffelung ist unsolidarisch und sozial ungerecht.

Ständige Termine

Sonntagsfrühstück

Jeden 1. Sonntag im Monat ab 10.30 Uhr lädt der Kreisverband zum politischen Frühstück in die Geschäftsräume, Oststraße 48, ein.

Mitgliederversammlung

Die genauen Termine können der Homepage des Kreisverbandes www.dielinke-hamm.de entnommen werden.

Jede Bürgerin, jeder Bürger ist herzlich willkommen.

DIE LINKE. hilft:

mit Sprechstunden und Beratungsangeboten

Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat informiert der Verein Glasklar sozial e.V. in Kooperation mit dem Kreisverband Die LINKE von 15:00 - 17:00 Uhr zur Hartz IV Gesetzgebung (SGB II und XII) in der Kreisgeschäftsstelle, Oststrasse 48. Vorherige Terminabsprachen sind nicht erforderlich, bei Bedarf wird außerhalb dieser Zeiten die Begleitung zum Kommunalen Jobcenter angeboten.

Impressum:

*Linksfraktion Hamm
Alisan Sengül (V.i.S.d.P.)
Oststraße 48
59065 Hamm
Tel.: 02381 - 17 31 97
Fax: 02381 - 17 10 31 97
www.linksfraktion-hamm.de
E-Mail: die-linke-fraktion@stadt.hamm.de
Redaktion: Hazal Topuz*